

AMNESTY INTERNATIONAL

PRESSEERKLÄRUNG

(inoffizielle Übersetzung der Koordinationsgruppe Chile/Venezuela)

Montag, 10. Juli 2017

Venezuela: Tödliche Gewalt als Politik des Staates zur Unterdrückung abweichender Meinungen

Wiederholte Überfälle auf die venezolanische Bevölkerung und zu Gewalt aufhetzende Reden seitens der Behörden weisen auf eine Politik der vorsätzlichen gewalttätigen Unterdrückung jeglicher Form von abweichender Meinung hin, erklärte Amnesty International heute, nachdem es eine weitere Zunahme der Zahl der Toten bei Demonstrationen gegeben hatte, mit mindestens 91 registrierten Fällen in nur 3 Monaten.

„Was isolierte Reaktionen der venezolanischen Behörden angesichts der Proteste zu sein schienen, weist in der Tat auf einen strategischen Plan der Regierung von Präsident Maduro hin, Gewalt und rechtswidrige Machtausübung gegen Venezuelas Bevölkerung anzuwenden, um jegliche Kritik zu neutralisieren“, sagte Erika Guevara-Rosas, Leiterin der Amerika-Abteilung von Amnesty International.

„Der Tatbestand, einzig diejenigen als Terroristen zu bezeichnen, die anderer Meinung sind, sie am Demonstrieren zu hindern und gegen sie rechtswidrig Gewalt anzuwenden, ist Beweis für eine Strategie mit der die wachsende gesellschaftliche Unzufriedenheit zum Schweigen gebracht werden soll.“

„Wenn die Regierungsbehörden nicht einen radikalen Wechsel vollziehen und die vorsätzliche gewaltsame Unterdrückung derjenigen Personen beenden, die von ihnen für Regierungskritiker gehalten werden, werden sich unwiderlegbare Beweise ansammeln, mit denen Täter und Behörden von der internationalen Strafjustiz zur Verantwortung gezogen werden können.“

Seit dem Beginn der Proteste am 4. April melden offizielle Quellen mindestens 91 getötete Personen und mehr als 1.400 Verwundete im Zusammenhang mit der politischen Krise in Venezuela.

Zudem besteht die Sorge, dass sich die Situation angesichts der Wahlen für die Nationale Verfassungsgebende Versammlung verschlechtern wird; diese werden am 30. Juli auf dem Hintergrund des verstärkten sozialen Konfliktes abgehalten werden.

Staatliche Gewalt

Während der letzten drei Monate dokumentierte Amnesty International, dass regierungskritische Proteste durch staatliche Sicherheitskräfte unter Einsatz von Gewalt unterdrückt wurden. Eine Analyse der Vorkommnisse zeigt, dass es sich bei dieser gewaltsamen Unterdrückung nicht nur um eine unkontrollierte Reaktion der Sicherheitskräfte handelt, sondern diese Teil einer vorsätzlichen Praxis zur gewaltsamen Unterdrückung kritischer Stimmen ist.

Amnesty International konnte bestätigen, dass die Bolivarische Nationale Polizei und Nationalgarde nicht-tödliche Waffen in unzulässiger Form einsetzten, einschließlich des direkten Beschusses von Demonstranten mit Tränengas, wie im Fall von Juan Pernaletе, der von einer Tränengaspatrone direkt in die Brust getroffen wurde und starb, während er im April 2017 in Caracas demonstrierte. Die von den Sicherheitskräften eingesetzten tödlichen Waffen führten zu

Toten und Verwundeten, so zum Beispiel Fabián Urbina, der am 20. Juni 2017 durch einen direkten Schuss eines Offiziers der Nationalgarde starb, während er in Caracas protestierte.

Auch wurden Überfälle auf Gemeinden und nicht an den Protesten beteiligte Einzelpersonen dokumentiert. Dazu gehören massive Razzien der Sicherheitskräfte unter Einsatz von Gewalt, gepanzerten Fahrzeugen und Tränengas, wobei Häuser und Autos beschädigt wurden und das Leben der Bewohner gefährdet wurde.

Eines der vielen Beispiele dieser Überfälle stammt aus La Isabelica in Carabobo, wo Bewohner berichteten, dass im Mai 2017 Sicherheitskräfte die Gemeinde überfielen, Tränengas direkt in die Häuser feuerten und wahllos auf Passanten schossen.

Wie aus den von Amnesty International dokumentierten Fällen hervorgeht, kam es zu diesen nach internationalem Recht verbotenen Arten von Gewaltanwendung durch die Sicherheitskräfte sowohl in Caracas als auch zumindest in den Bundesstaaten Lara, Barinas, Carabobo und Táchira, was darauf hindeutet, dass diese Praxis nicht nur auf einen Teil des Landes beschränkt ist, sondern sehr viel allgemeiner zur Anwendung kommt.

Gleichzeitig richteten sich diese Gewaltakte gegen solche Personen, die von den Behörden als Dissidenten eingestuft wurden, und gegen regierungsfeindliche Proteste. Regierungsfreundliche Demonstrationen jedoch finden ohne Zwischenfälle statt und wurden von den Behörden abgesichert, was wiederum bestätigt, dass diese Gewaltakte darauf abzielen, abweichende Meinungsäußerungen zum Schweigen zu bringen.

Zusätzlich zu diesen Fällen rechtswidriger Gewaltanwendung durch staatliche Sicherheitskräfte verfügt Amnesty International über eine Reihe von Belegen zu Gruppen von bewaffneten Zivilpersonen, die die Zivilbevölkerung mit Duldung der Behörden angegriffen haben, was zu derselben staatlichen Gewaltstrategie zu gehören scheint. Diese Gewaltakte richteten sich gegen regimekritische Demonstrationen, aber auch gegen Privatwohnungen in verschiedenen Bundesstaaten im ganzen Land, was wiederum den allgemeinen Charakter dieser Gewaltstrategie aufzeigt. Es gibt Hinweise darauf, dass die Angriffe dieser Gruppen, die häufig als „bewaffnete Kollektive“ (*colectivos armados*) bezeichnet werden, in Gegenwart staatlicher Sicherheitskräfte erfolgten und dass letztere nicht eingriffen, um die Bevölkerung zu schützen. Der jüngste Vorfall dieser Art war das gewaltsame Eindringen bewaffneter Gruppen in das Parlament (Nationalversammlung) am 5. Juli 2017, während dessen staatliche Sicherheitskräfte nicht eingriffen, als bewaffnete Zivilisten anwesende Mitglieder des Parlaments angriffen.

Einrichtung staatlicher Mechanismen ausschließlich für gewaltsame Unterdrückung

Hinzu kommen die Einrichtung und Anwendung staatlicher Organe und Mechanismen durch die Regierung, zu deren Auftrag es gehört, gewaltsame Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Bevölkerung durchzuführen. Die Entwicklung von Maßnahmen ausschließlich zur Verfolgung von Demonstranten und mutmaßlichen Dissidenten weist auf eine kalkulierte Vorbereitung zur Anwendung einer Strategie gewaltsamer Unterdrückung hin. Dazu gehören die Einrichtung des Antiterroristenkommandos (*Comando Antiterrorista*) und die Aufstockung bei der Anzahl der Waffen und Rekruten für das bolivarianische Militär.

Aufrufe zur Gewalt

Die rechtswidrige Anwendung von Gewalt in allen ihren Dimensionen wie auch die Einrichtung staatlicher Verfolgungsmechanismen gegen die eigene Bevölkerung finden im Rahmen einer Anstiftung zur Gewalt statt, die von der venezolanischen Regierung begünstigt und benutzt wird, um Gewalt als Standardantwort auf jegliche Form von Dissens zu legitimieren. Insbesondere Aufrufe von Seiten höherer Beamter, einschließlich des Präsidenten Nicolás Maduro selbst, die sich an staatliche Sicherheitskräfte wie auch an regierungsfreundliche Gruppen von Zivilpersonen

richteten, fördern die Anwendung von Gewalt und setzen Dissidenten mit Terroristen, Feinden und Vaterlandsverrätern gleich.

Deshalb weisen diese drei Elemente – die sich wiederholende unrechtmäßige Anwendung von Gewalt gegen die Bevölkerung, die Schaffung staatlicher Mechanismen zur gewaltsamen Unterdrückung und die sich wiederholende Anstiftung zur Gewalt durch die Regierung – auf eine vorsätzliche Politik hin, die in gewaltsamer Form jegliche gegen die Aktionen der Regierung gerichtete abweichende Meinung bekämpft.

„Venezuela erlebt eine der schlimmsten Menschenrechtskrisen seiner jüngeren Geschichte. Die von der Regierung geförderte Eskalation der Gewalt und das Fehlen durchführbarer Lösungsvorschläge seitens des Staates, um den schwer wiegenden Problemen zu begegnen, unter denen der Großteil der Bevölkerung leidet, unter anderem dem Zugang zu wesentlichen Dingen des Lebens, wie Lebensmitteln, Medikamenten und allen Produkten des täglichen Lebens, schaffen eine auf diesem Kontinent nie da gewesene Krise,“ sagte Erika Guevara Rosas.

„Entscheidend ist, dass sich die Regierung in erster Linie dieser dramatischen Situation annimmt, mit der sich täglich Tausende von Menschen im Land konfrontiert sehen, anstatt ein Regime der Unterdrückung und Gewalt zu errichten.“

Die Behörden, die diese Mechanismen und Strategien der gewaltsamen Unterdrückung gefördert haben, müssen sofort deren Durchführung beenden, besonders im Hinblick auf die wachsenden sozialen Unruhen im Vorfeld der Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung, die für den 30. Juli 2017 angesetzt wurden.

Mit Blick darauf wird die internationale Strafjustiz – einschließlich des Internationalen Strafgerichtshofes wie auch der Länder, die eine universale Rechtsprechung haben – die Situation in Venezuela genau beobachten. Wenn die hohen Regierungsbeamten, Militär- und Polizeioffiziere die Mechanismen nicht beseitigen, die zu einer staatlichen Politik der Gewalt gegen die Bevölkerung führen, und die Befürwortung der Gewalt in ihren Reden und offiziellen Anweisungen nicht beenden, könnten sie der internationale Strafjustiz überantwortet werden.

Weitere Informationen (englisch):

Venezuela: Authorities' militarization of crisis escalates violence and promotes fear (News, 2 June 2017)

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/06/venezuela-militarizacion-de-la-crisis-por-parte-de-autoridades-intensifica-violencia-y-promueve-miedo/>

Venezuela: Use of military courts against civilians undermines rule of law (News, 10 May 2017)

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/05/venezuela-uso-de-tribunales-militares-contras-civiles-pone-en-jaque-al-estado-de-derecho/>

Venezuela: Increase in 'witch-hunt' of dissidents amidst political crisis (News, 26 April 2017)

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/04/venezuela-aumenta-caza-de-brujas-contradisidencia-en-medio-de-crisis-politica/>

For more information or to arrange an interview, please contact: Josefina Salomón, +52 1 55 48 48 82 66, josefina.salomon@amnesty.org